Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die nächstfolgende Nummer bestimmte Manuscripte werden an den Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 152. Donnerstag den 31. Mai 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Für die **Abfertigungsstelle I des Aichamtes** Leipzig, für Raumgehalts- und Tarabestimmung bei Fässern zu mehr als 50 Liter, in dem Grundstück an der Pleiße Nr. 5, wird die durch Bekanntmachung vom 30. December 1886 auf die Stunden von 8 bis 12 Uhr Vormittags der Werktage festgesetzte Arbeitszeit dahin abgeändert, daß sie vom 1. Juni l. J. ab auf die Stunden von

2 bis 6 Uhr Nachmittags der Werktage

verlegt wird, so daß diese Abfertigungsstelle nur zu dieser Zeit dem Publicum für das Bringen und Abholen der Fässer geöffnet ist.

Leipzig, den 19. Mai 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 8. September 1887 in Nr. 254 des „Leipziger Tageblattes" machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß wir neue gute Gaskochherde in verschiedenen Größen und Constructionen an Reflectanten käuflich oder miethweise abgeben.

Der Preis dieser Gaskochherde nebst Zubehör stellt sich bei käuflicher Uebernahme, ausschließlich der Kosten für die Verbindung mit der Gasleitung und für den event. erforderlichen Gasmesser, je nach der Größe und Construction, auf 50 bis 250 ℳ, während wir die monatliche Miethe auf 60 bis 275 Pfennige festgesetzt haben.

Wollen die Abnehmer später einen gemietheten Gaskochherd käuflich erwerben, so kommt die Hälfte der gezahlten Miethen in Anrechnung.

Die Besichtigung der Gaskochherde kann wochentäglich während der Geschäftsstunden im Ausstellungslocale der Gasanstalt am Nicolaikirchhofe erfolgen. Daselbst, wie auch in unserer Geschäftsstelle Ritterstraße Nr. 6, werden Auskünfte ertheilt und Aufträge entgegengenommen.

Leipzig, den 26. Mai 1888.

Des Rathes der Stadt Leipzig Deputation zu den Gasanstalten.

Ausschreibung.

Der Anstrich sämmtlicher Straßen- und Hoffronten des **Leihhausgebäudes** soll vergeben werden.

Bedingungen und Unterlagen hierzu können im Rathsbauamte, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, gegen Erlegung von 0,50 ℳ entnommen werden.

Die Gebote sind versiegelt mit der Aufschrift **„Anstrich des Leihhausgebäudes"** bis zum 2. Juni cr. Abends 5 Uhr an obenbezeichneter Stelle einzureichen. Es bleibt die Auswahl unter den Bewerbern, sowie die Ablehnung sämmtlicher Angebote vorbehalten.

Leipzig, den 23. Mai 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig Baudeputation.
Ib. 2088.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Trottoirs auf dem Neumarkte soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Trottoirs auf dem Neumarkte"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 5. Juni d. J., Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 28. Mai 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.
Ib. 2170.

Bekanntmachung.

Der auf dem neuen **Vieh- und Schlachthofe** zu gewinnende **Dünger**, dessen Abfuhr ausschließlich auf der Eisenbahn zu erfolgen hat, soll von Anfang Juli dieses Jahres ab auf fünf Jahre an einen geeigneten Unternehmer vergeben werden.

Die Bedingungen über die Vergebung und Angebotsformulare liegen in dem Schlachthofbaubureau an der Kaiserin-Augusta-Straße aus und können daselbst eingesehen resp. gegen Entrichtung einer Gebühr von 30 ₰ pro Exemplar entnommen werden. Ebendaselbst wird unser Architekt Herr Moritz in den Geschäftsstunden etwa gewünschte weitere Auskunft ertheilen.

Die Angebote sind bis zum 19. Juni dieses Jahres Vormittags 11 Uhr bei der Nuntiatur des hiesigen Rathhauses abzugeben.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Bewerbern sowie die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, am 22. Mai 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 3171. Dr. Georgi. Dr. Krippendorff.

Kram-, Roß- und Viehmarkt zu Liebertwolkwitz

Mittwoch, den 6. Juni 1888.

Abgaben werden nicht erhoben.

Der Gemeinderath.
Dyck.

Submission.

Die Lieferung eines eisernen, zweiflügeligen Thores zur Einfahrt in das Amtsgebäude zu Gohlis soll an den Mindestfordernden vergeben werden.

Blanketts sind im Gemeindeamte — 1. Etage Bauamt — (woselbst auch die Zeichnungen und Bedingungen eingesehen werden können) zu erheben und mit der Aufschrift „Thorlieferung" versehen

bis zum 8. Juni dss. Js.

ebendaselbst versiegelt einzureichen.

Auswahl unter den Bewerbern behält sich der Gemeinderath vor.

Gohlis, am 29. Mai 1888.

Der Gemeinderath.
Singer. Kuh.

Bekanntmachung.

Die auf das Winterhalbjahr 1888/89 für das **Königliche Amtsgericht** hier zu liefernden

ca. 4500 Ctr. gute schlackenfreie Pechsäckkohle,
ca. 1000 „ böhmische Braunkohle, beste Qualität,
ca. 3000 Kg. Petroleum,

sind unter den bei der unterzeichneten Casseustelle einzusehenden Bedingungen zu vergeben.

Angebote sind bis zum

10. Juni dss. Js.

schriftlich anher einzureichen. Auswahl unter den Offerenten bleibt vorbehalten.

Leipzig, den 29. Mai 1888.

Hauptsporteln-Casseuverwaltung des Königlichen Amtsgerichts daselbst.
Zimmer 100.

Bekanntmachung.

In unserer Verwahrung befindet sich ein kleiner vierrädriger blaugestrichener Handwagen, an dessen Deichsel sich als Griff ein beweglicher eiserner Ring befindet.

Der Wagen, der von einem unbekannten jungen Menschen in der Windmühlenstraße zurückgelassen worden ist, rührt anscheinend von einem Diebstahle her.

Der Eigenthümer des gedachten Wagens wird daher hierdurch veranlaßt, sich behufs Empfangnahme seines Wagens unverzüglich in unserer Criminalabtheilung zu melden.

Leipzig, den 28. Mai 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
No. 1251 Ia. Bretschneider.

Bekanntmachung.

Die diesjährigen öffentlichen unentgeltlichen **Impfungen werden in der Zeit vom**

4. Mai bis mit 13. Juli 1888

an jedem Freitage, Nachmittags von ½5 bis ½6 Uhr, im Schlußkeller-Restaurant durch den Impfarzt Herrn Dr. med. Kohl vorgenommen, **welchem je 8 Tage darauf (Freitags, Nachmittags ½5 Uhr) der Impfling ebendaselbst vorgestellt werden muß.**

Nach dem Impfgesetze vom 8. April 1874 haben sich der Impfung zu unterziehen:

a. **alle im Jahre 1887 geborenen Kinder, sowie die, welche in den früheren Jahren impfpflichtig waren, aber erst ein- oder zweimal erfolglos geimpft oder krankheitshalber ungeimpft geblieben bez. von der Impfung ausgeschlossen worden sind;**
b. **alle im Jahre 1876 geborenen Zöglinge hiesiger Schulen, sowie die, welche in den Jahren 1874 und 1875 geboren, aber 1886 und 1887 erfolglos geimpft oder krankheitshalber ungeimpft geblieben sind.**

Unter Hinweis auf die in §. 14 des angezogenen Gesetzes angedrohten Strafen haben Eltern, Pflegeeltern und Vormünder sich streng darnach zu richten bez. die von der Impfung etwa befreienden privatärztlichen Zeugnisse bez. Impfscheine in der Impf-Expedition, Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 10, vorzulegen.

Reudnitz, am 24. April 1888.

Der Gemeindevorstand.
Gröbel.

Submission.

Die Lieferung von 9 Stück Jalousien soll im Wege der Submission vergeben werden. Die Blanketts sind im hiesigen Gemeindeamte — 1. Etage, Bauamt — zu erheben und mit der Aufschrift „Jalousielieferung" versehen

bis zum 8. Juni ds. Js.

ebendaselbst versiegelt einzureichen.

Die Auswahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten.

Gohlis, am 29. Mai 1888. **Der Gemeinderath.**
Singer. Kuh.

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig-Stadt.

Sitzung Donnerstag, den 31. Mai, Abends 7 Uhr, im Saale der 1. Bürgerschule.

Tagesordnung:

1) Registrande.
2) Antrag an den Aerztetag in Berg auf die Revision des Krankencassengesetzes.
3) Standesordnung: Arztwechsel, Consilien, Ankündigungen, Poliklinken.

Dr. Neubert.

Nichtamtlicher Theil.

Deutschland und Frankreich.

Tißa's Rede im ungarischen Reichstage hat besonders deshalb in Frankreich so schwer verwundet, weil sie einen unwiderleglichen Beweis der Festigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses darstellt. In Frankreich pochte man bisher viel zu sehr auf die Sympathien der Ungarn für die Franzosen und zog daraus unberechtigte Schlüsse auf die Wirksamkeit des Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Diese Täuschung ist durch die Erklärungen Tißa's etwa in derselben Weise zerstört worden, wie der Irrthum, in welchem Napoleon III. über das Verhältniß der süddeutschen Staaten zu Preußen im Jahre 1870 befangen war, durch die Kriegserklärung Bayerns in seiner ganzen Nichtigkeit enthüllt wurde. Der Dreibund ist weit fester und stärker, als die Franzosen bis zum heutigen Tage geglaubt haben, jetzt kommt ihnen die Grundlosigkeit ihrer geheimen Hoffnungen mehr und mehr zum Bewußtsein, und das setzt sie natürlich in große Erregung. Die volle Solidarität der Regierung Oesterreichs und Ungarns im Puncte des Bündnisses mit Deutschland konnte kaum besser dargethan werden als durch die Wirkung, welche Tißa's Rede in Wien hervorgebracht hat. Die Erklärung erfolgte ohne vorherige Verständigung mit den maßgebenden Persönlichkeiten in Wien, sie war ein Ausfluß des Geistes, in welchem man das Bündniß im ganzen Bereiche der österreichisch-ungarischen Monarchie auffaßt. Es kommt noch hinzu, daß sich in Wien und Pest an die Revolution, zu deren Centenarfeier die Pariser Weltausstellung bestimmt ist, geschichtliche Erinnerungen knüpfen, welche sehr zu Ungunsten dieser Feier sprechen. Die Oesterreicher gedenken dabei der blutüberströmten Gestalt der Tochter Maria Theresia's und an die blutigen Kriege, welche die Revolution zur Folge hatte. Das ist kein geschichtliches Ereigniß, für welches sich monarchisch regierte Staaten begeistern können, am wenigsten solche, welche unter dem blutigen Pariser Terrorismus so schwer gelitten haben wie Oesterreich. Deshalb stimmt auch das Wiener „Fremdenblatt" Tißa rückhaltlos zu und sagt, daß seine Antwort gar nicht anders erwartet werden konnte, wenn einmal eine Anfrage über die Pariser Weltausstellung öffentlich gestellt wurde. Frankreich wird daraus erkennen, daß es von ihm nicht wohl gethan war, die Centenarfeier der Revolution zum Aushängeschild einer Weltausstellung zu machen.

Das Zusammentreffen der Paßverordnung der Regierung von Elsaß-Lothringen mit der Absage Tißa's an Frankreich in der Frage der Beschickung der Pariser Weltausstellung ist ein der Zeit nach zufälliges, der Sache nach steht es in nothwendigem Zusammenhang, wie wir das bereits an dieser Stelle erklärt haben. Die „Nordd. Allg. Ztg." giebt eine Darstellung über Ursache und Zweck dieser Verordnung, aus welcher hervorgeht, daß die Maßregel seit längerer Zeit beschlossen war, und daß sie bestimmt ist, eine andere Form des Verkehrs zwischen Deutschland und Frankreich einzuleiten. Man hat sich in Deutschland überzeugt, daß unsere Bemühungen, Frankreich durch Nachgiebigkeit und Rücksicht auf seine nationalen Eigenthümlichkeiten zu versöhnen, vergeblich sind und daß sie eher dazu geeignet sind, den Haß Frankreichs gegen Deutschland zu erhöhen, wie die Erfahrungen der letzten 17 Jahre gezeigt haben. Deshalb soll jetzt an die Stelle der Politik des freundlichen Entgegenkommens und der rücksichtsvollen Duldsamkeit die Politik der Kälte und der Zurückhaltung treten, und die „Nordd. Allg. Ztg." betont ausdrücklich, daß wir kein Bedauern empfinden werden, wenn Frankreich Gegenmaßregeln ergreift, welche auf die Zurückhaltung der deutschen Staatsangehörigen vom Besuch des französischen Gebiets berechnet sind. Frankreich soll endlich zum Bewußtsein der Thatsache gebracht werden, daß Elsaß-Lothringen einen Theil Deutschlands bildet.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." erhebt ferner gegen Frankreichs bisherige Regierungen den schweren, aber durchaus begründeten Vorwurf, daß sie auch bei friedlicher Gesinnung eher in der Förderung als in der Beschwichtigung des nationalen Hasses das Mittel zur eigenen Kräftigung finden konnten. Es ist also ein Hinderniß vorhanden, welches den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich nicht zum anerkannten regelmäßigen Zustande werden läßt, sondern ihn nur als Nothbehelf betrachtet, bis zu dem Tage, an welchem der Rachekrieg entbrennen wird. Es besteht überhaupt ein Zwiespalt in der Gesammtauffassung der europäischen Verhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich, welcher der Gestaltung eines dauernden Friedens unüberwindliche Hindernisse bereitet. Deutschland betrachtet die gegenwärtigen Besitzverhältnisse in Europa als endgiltige, während Frankreich ihnen nur vorläufige Geltung zugesteht. Frankreich war bis zum Jahre 1870 an die Vorstellung gewöhnt, daß Europa seinem Einfluß unterworfen sei, es beanspruchte die Herrschaft über die romanischen und germanischen Völkerstämme, erst an der russischen Grenze hörte sein Machtbereich auf, wenn auch unter der Bedingung, daß Frankreich in den orientalischen Angelegenheiten das Schiedsrichteramt übte. Diese Form des sogenannten europäischen Gleichgewichts hat mit dem Jahre 1870 aufgehört. Deutschland hat sich von der beanspruchten Vormundschaft Frankreichs freigemacht, Italien und Oesterreich-Ungarn sind später einem Bunde beigetreten, welcher auch durch die Oberhoheit Frankreichs über die Völker romanischer Rasse einen dicken Strich gemacht hat, und Rußland hat den Pariser Vertrag von 1856 schon im Jahre 1870 zerrissen. Dadurch hat die Karte Europas eine gänzlich veränderte Gestalt erhalten. Frankreich ist auf seine natürliche Grenze beschränkt worden und hat den bestimmenden Einfluß in Europa eingebüßt. Das ist eine Veränderung, die sich nicht ohne schwere Kämpfe vollzieht, und in diesen Kämpfen befinden wir uns mitten inne. Der Widerstand Frankreichs gegen die gegenwärtige Gestalt der europäischen Verhältnisse entbehrt aber der Grundlage der Macht, und diese allein entscheidet im menschlichen Leben wie im Leben der Völker, wenn auch dem Grundsatze „Macht geht vor Recht" vom moralischen Standpunct aus niemals Geltung zugestanden werden kann.

Frankreich kann sich auf die Immoralität dieses Grundsatzes am wenigsten berufen, weil es ihm stets gehuldigt hat, so lange ihm die Schwäche seiner Nachbarn die Macht in die Hände gab. Deutschland hat seine Macht noch niemals dem Auslande gegenüber mißbraucht, es hat im Gegentheil gegen Frankreich einen hohen Grad von Mäßigung gezeigt. Diese Mäßigung ging so weit, daß selbst die Einführung des Paßzwanges gegen offenbare Friedensstörer von diesen schon als etwas Unerträgliches aufgefaßt wird. Clemenceau hat bereits vorbereitende Schritte bei Floquet gethan, um der Verbindung zwischen Frankreich und dem Orient eine Richtung zu geben, welche die Berührung des deutschen Gebietes vermeidet, um dadurch dem Paßzwange zu entgehen. Eine neue Bahn ist nicht über Nacht herzustellen, und außerdem ist der Paßzwang nicht gegen harmlose Reisende gemeint, sondern die Franzosen, welche Elsaß-Lothringen als geeignete Grundlage für Hetzereien betrachten, um den Frieden zu gefährden, sollen in der Entfaltung ihrer Thätigkeit gehemmt werden. Die Verordnung der Regierung von Elsaß-Lothringen hat ihren Zweck vollständig erreicht, ebenso wie die Erklärung Tißa's im ungarischen Abgeordnetenhause. Beide Schritte sind aus der gemeinsamen Wurzel der Solidarität der Interessen des friedlich gesinnten Theiles von Europa gegen die Friedensstörer emporgekeimt.

* * *

* Der vorstehend erwähnte Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über die Paßverordnungen in Elsaß-Lothringen hat folgenden Wortlaut:

Den deutschen Paßmaßregeln an der französischen Grenze würde man eine unrichtige Bedeutung beilegen, wenn man sie als Repressalien gegen bestimmte Vorgänge, sei es in Avricourt, sei es in Belfort, ansehen wollte. Die letzteren und viele ähnliche sind für die Maßregeln der deutschen Regierung nicht unmittelbar, sondern nur in der Eigenschaft von Symptomen der Situation, indirect, von Bedeutung. Die Paßverordnungen sind ähnlich wie die Verstärkungen unserer Wehrkraft Maßregeln, welche sich nicht an Einzelheiten knüpfen, sondern ein Ergebniß unserer gesammten Politik bilden. Die deutsche Politik und die Verwaltung der Reichslande insbesondere muß nothwendig darnach streben, den Rückerwerb des Elsaß dadurch zu consolidiren, daß die Beziehungen dieses Landes zu Deutschland belebt und gestärkt werden. Ein Hauptindernißder Lösung dieser Aufgabe liegt in der Fortdauer der bei der Wiedervereinigung mit Deutschland natürlich vorhandenen geistigen und wirthschaftlichen Beziehungen zu Frankreich. Die Wirkung derselben wird wesentlich gesteigert und gewinnt eine internationale Schärfe in Folge der Aufregungen und Verhetzungen der antideutschen Gefühle und der Vorbereitungen des Revanchekrieges zur Wiedergewinnung des Elsaß auf dem Wege der Spionage und der Agitation unter der Bevölkerung des Landes durch Vereine und Mittel aller Art. Unter diesen Anreizungen ist die feindliche Haltung der französischen Bevölkerung gegen uns seit 17 Jahren nicht nur unverändert geblieben, sondern hat an Schärfe gewonnen, wie die Vorgänge in Belfort beweisen. Die Hoffnung, daß sich eine französische Regierung schließlich stark genug fühlen werde, um diesem für den Frieden beider Völker beunruhigenden Treiben entgegenzuwirken, hat sich bisher nicht bewährt. Auch bei friedlicher Gesinnung haben die bisherigen Regierungen eher in der Förderung als in der Beschwichtigung des nationalen Hasses Mittel zur eigenen Kräftigung finden können. Die Stimmung der französischen Bevölkerung in den Provinzen bleibt fortwährend auf einer Höhe des Nationalhasses gegen uns, welche den Deutschen nicht gestattet, ohne Bedrohung von Leib und Leben, irgendwo in Frankreich zu erscheinen, und die Initiative einzelner Gesetzgebungen reicht hin, um Aufbrüche dieser bedrohlichen Stimmung hervorzurufen. In derselben hat die Zurückhaltung der deutschen Politik ebenso wenig wie das Entgegenkommen derselben in großen und kleinen politischen Fragen eine Aenderung herbeizuführen vermocht. In den Kriegen 1813—15 hat Frankreich verhältnißmäßig mehr Schaden gelitten und ist gewaltthätiger behandelt worden als in dem von 1870. Nichtsdestoweniger wird man schon 10 Jahre nach dem zweiten Pariser Frieden — 1825 — in den französischen Annalen vergebens nach einer Spur von ähnlichem Haß gegen die Nachbarn, von einer ähnlichen Rachsucht für verlorene Schlachten wie Leipzig und Waterloo suchen, wie sich heut zu Tage in den Spalten aller französischen Blätter und, dem entsprechend, in der Haltung der Bevölkerung der Provinzen Frankreichs kenntlich macht. Die Erfolglosigkeit der bisherigen Zurückhaltung und Vorsicht Deutschlands, die daran geknüpfte Hoffnungslosigkeit, eine Aenderung in der Gesinnung der Franzosen zu erreichen, erregt in Deutschland keine kriegerischen Pläne und Stimmungen. Wir treiben die Achtung vor der Unabhängigkeit unserer Nachbarn bis zur vollen Duldsamkeit auch des ungerechtesten Hasses gegen uns. Wir wünschen keinen Krieg, wir wünschen nur entferntere Beziehungen zu Frankreich, und da wir an unsere Nachbarschaft gebunden sind, so müssen wir uns damit begnügen, im Verkehr mit Frankreich zurückhaltender zu werden und ihn auf der Grenze, wo er zur Agitation der Bevölkerung des Deutsch-Elsaß benutzt wird, mehr als bisher einzuschränken. Wir wünschen, daß die Franzosen enthusiasmirt werden in ihrem Verkehre mit dem Elsaß, und werden kein Bedauern empfinden, wenn Frankreich in Folge dessen Maßregeln ergreift, welche in analoger Weise auf die Entfaltung unserer deutschen Landsleute vom Besuch des französischen Territoriums hinwirken. Dieses Streben ist frei von Feindseligkeit; es ist nur eines der international berechtigten Mittel, welche wir anwenden, um dem historischen Proceß der Regermanisirung dieser deutschen Reichslande und ihrer Lostrennung aus der Verbindung mit Frankreich zu befördern. Die internationalen Friktionen, welche der bisherige Verkehr der Franzosen im Elsaß ermöglicht und fördert, sind für die Dauer und die Befestigung des Friedens gefährlicher, als eine schärfere Betonung der Grenze und ihrer trennenden Wirkung sein kann. Deshalb glauben wir, daß die Reichsregierung dem Frieden einen Dienst erweist, wenn sie Frankreich in dem Bestreben entgegenkommt, den Grenzverkehr genau zu controliren und der Lebhaftigkeit desselben die Schranken zu setzen, durch welche politische Friktionen nach Möglichkeit ausgeschlossen werden.

Leipzig, 31. Mai 1888.

* Heute Donnerstag findet eine Plenarsitzung des Bundesraths statt.

* Durch verschiedene Zeitungen geht die Nachricht, daß mehreren Mitgliedern der freisinnigen Partei Ordensauszeichnungen zugedacht seien. Dabei werden die Namen Virchow, Mommsen, Hänel und von Stauffenberg genannt. Die offiziösen „Berliner Politischen Nachrichten" sind in der Lage, dieses Gerücht, soweit dasselbe die drei letztgenannten Herren betrifft, als unrichtig bezeichnen zu können. Weder in der Form eines Wunsches, noch auch in der eines Vorschlages ist die Decorirung der Herren Mommsen, Hänel und v. Stauffenberg jemals von irgend einer Seite in Anregung gebracht worden. Herr Professor Virchow hat bekanntlich den Rothen Adler-Orden 2. Cl. mit dem Stern erhalten, es würde indessen unzutreffend sein, dieser Auszeichnung irgend eine politische Bedeutung beizumessen. Bekanntlich ist Herr Virchow als wissenschaftliche Größe so bedeutend und als Politiker so unbedeutend, daß seine letztere Eigenschaft gar nicht in Betracht kommen kann.

* Unter der Ueberschrift „Schachzüge des Kanzlers" veröffentlicht die Wiener „Deutsche Zeitung" vom 27. d. M. den nachstehenden Artikel:

„Was für den kleinen Alltagsverkehr der Menschen gilt, hat auch für das Verhältniß zwischen den großen Staaten und Völkern seine Bedeutung: Nachsichtigkeit und Milde sind recht löbliche Tugenden, „doch gesunder sind der Zeiten — gold'ne Rücksichtslosigkeiten".

Der Großmeister der modernen Staatskunst hat offenbar den Entschluß gefaßt, gegenüber den Feinden des Reiches die Richtigkeit dieses Satzes zu erproben. Er ließ ihnen Jahre lang die weitestgehende, zarteste Rücksicht zu Theil werden, aber je langmüthiger er vorging, desto kühner und ungebärdiger ward ihr Benehmen. Nun will er — nach allen Anzeichen zu schließen — mit einer anderen Erziehungsmethode beginnen, und die ersten Versuche dieser Art gestalten sich in der That sehr überraschend.

Jedenfalls ein seltsames Schauspiel, das sich da in Ost und West abspielt. Mit einem scharfen Streiche trifft der Reichskanzler all' die tausendfachen Verkehrs- und Verschwörungsfäden, welche sich zwischen Frankreich und Elsaß-Lothringen hin- und herspinnen. Mit einem einzigen Federzuge richtete er eine Mauer um die Reichslande auf, die für die Sendlinge der französischen Rachepartei ziemlich schwer zu überfliegen sein wird. Und was sagt man in Paris dazu? Keine großmäuligen Drohungen, kein theatralischer Aufschrei; man ist stumm und betreten, denn man fühlt, daß die Deutschen im Nothfall diesmal Ernst machen würden; man erinnert sich vielleicht auch an den Thronbesteigungserlaß Kaiser Friedrich's, in welchem es hieß: „Wir sind entschlossen, die Rechte des Reiches über diese deutschen Gebiete zu wahren . . ."

Wir bemerken noch, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" den vorstehenden Artikel wiedergiebt.

* Zu den deutsch-belgischen Beziehungen bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" officiös:

Ein Theil unserer Presse nimmt seit einiger Zeit den Angelegenheiten Belgiens gegenüber eine Haltung ein, welche nicht nur auf thatsächlichen Unrichtigkeiten beruht, sondern auch mit unseren politischen Beziehungen zu dem Nachbarlande in einem bedauerlichen Gegensatze steht. Diese Haltung fand vor Kurzem wieder Ausdruck in Bemerkungen der „Neuen Preußischen Zeitung", sowie in dem Brüsseler Correspondenzen eines Münchener Blattes, die in tendenziös unfreundlicher Weise das Ergebniß des Submissions-Verfahrens für die Erd- und Mauerarbeiten an den Maasbefestigungen besprechen. — Bekanntlich hatte bei jener Gelegenheit ein belgisch-französisches Consortium ein so niedriges Angebot gemacht — dasselbe blieb um mehrere Millionen hinter dem Regierungsanschlage zurück —, daß ihm die Erlangung des Zuschlages von vornherein gesichert war. Politische Motive zu Gunsten Frankreichs können deshalb dabei gar keine Rolle gespielt haben. Trotzdem weisen die Eingangs bezeichneten Zeitungen in einem überreichend auffallenden Tone auf die eigenthümliche Auffassung hin, welche die belgische Regierung von ihrer Neutralität zu haben scheint, indem sie das Geheimniß der zum